

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen
Analyse des Rechts**

Band 47

Die institutionelle Ausgestaltung von Wirtschaftsordnungen

Von

Marc Evers



Duncker & Humblot · Berlin

MARC EVERS

**Die institutionelle Ausgestaltung
von Wirtschaftsordnungen**

Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grosseckler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster

Klaus J. Hopt, Hamburg · Christian Kirchner, Berlin

Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

Band 47

Die institutionelle Ausgestaltung von Wirtschaftsordnungen

Eine dogmengeschichtliche Untersuchung
im Lichte des Ordoliberalismus
und der Neuen Institutionenökonomik

Von

Marc Evers



Duncker & Humblot · Berlin

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat
diese Arbeit im Jahre 2001 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: WB-Druck GmbH & Co., Rieden im Allgäu
Printed in Germany

ISSN 0935-5065
ISBN 3-428-10997-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Herausforderungen wie die Globalisierung zeigen, daß es institutionelle Anpassungsbedarfe gibt und daß ordnungspolitisches Denken damit auch heute noch notwendig ist und weiterentwickelt werden sollte. Diese Arbeit stellt einen Versuch dar, eine moderne Argumentationsgrundlage für ordnungspolitische Gestaltungsvorschläge zu schaffen. Ziel ist es, Ansätze der heutigen Neuen Institutionenökonomik und des „traditionellen“ Ordoliberalismus deutscher Prägung anhand konkreter Problemstellungen zu verbinden.

Die Arbeit ist im Sommer 2001 von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen worden. Sie wäre ohne die Unterstützung Vieler nicht zustande gekommen.

An erster Stelle danke ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Heinz Grossekkettler, der mir die Anregung zu dieser Arbeit gab und mir in jeder Hinsicht hilfreich zur Seite stand und mich auch in kritischen Momenten großartig unterstützt hat. Herrn Prof. Dr. Karl-Hans Hartwig danke ich für die Zweitberichterstattung und für viele kritische Hinweise. Meinen Vorgesetzten, Herrn Prof. Dr. Wolfgang von Zwehl und Herrn Prof. Dr. Dietrich Börner, danke ich dafür, daß sie mir eine akademische Weiterentwicklung ermöglichten.

Für konstruktive Kritik und fruchtbare Diskussionen während der letzten Jahre bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Finanzwissenschaft und des Prüfungsamtes der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Ganz herzlich danke ich Frau Dr. Ulrike Augustin für die Durcharbeitung des Manuskripts und für viele wertvolle Anregungen.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinen Eltern, Brunhild und Franz-Josef Evers. Ohne sie hätte ich weder studieren noch promovieren können. Daher ist ihnen diese Arbeit gewidmet.

Rheine, im Frühjahr 2002

Marc Evers

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	15
I. Erkenntnisziele der Ordnungsökonomik	15
II. Erkenntnisziele der Neuen Institutionenökonomik	16
III. Ziel der Arbeit: Synthese	17
B. Vorbetrachtungen	20
I. Ordolibérale Ordnungstheorie	20
1. Dogmengeschichtliche Einordnung als liberale Schule	20
2. Dogmengeschichtliche Einordnung als institutionalistische Schule ..	23
3. Verhaltensannahmen	26
4. Wesentliche Züge des ordoliberalen Programms	27
II. Ordnungstheorie und Neue Institutionenökonomik	31
1. Dogmengeschichtliche Einordnung	31
2. Verhaltensannahmen	32
3. Grundzüge der Konzeptionen	35
a) Ökonomische Analyse des Rechts	35
b) Neuere Kollektivgütertheorie	36
c) Prinzipal-Agent-Theorie	38
d) Neue Politische Ökonomie	41
e) Ökonomische Theorie der Verfassung	42
f) Theorie des institutionellen Wandels	43
g) Transaktionskostenökonomie und plastische Produktionsfaktoren	45
III. Brücken	49
1. Evolutorisches Unternehmertum	50
2. Soziokatalyse	51
IV. Zentralbegriffe	54
1. Institutionen	54
2. Organisationen	57
3. Transaktionskosten	57
4. Effizienz	59
C. Ausgewählte Problembereiche	61
I. Die Änderung von Randbedingungen	61
1. Die Sicht der Neuen Institutionenökonomik	63
a) Die Ursachen institutionellen Wandels	65
b) Der Verlauf institutionellen Wandels	70

aa) Spontaner vs. geplanter Wandel	70
bb) Pfadabhängigkeit und Beziehungen von Institutionen	72
cc) Phasen institutionellen Wandels	77
c) Die Industrielle Revolution	81
d) Zusammenfassung	83
2. Die Sicht der Ordoliberalen	84
a) Die Ursachen institutionellen Wandels	85
b) Verlauf institutionellen Wandels	90
c) Deutschlands Weg zum Land der Kartelle	97
d) Zusammenfassung	104
3. Vergleichende Stellungnahme	105
II. Private Willensbildung I: Das Monopolproblem	106
1. Die Sicht der Neuen Institutionenökonomik	107
a) Anreize zu monopolistischen Strukturen	107
aa) Effizienz	107
bb) Macht	119
cc) Zusammenfassung	124
b) Folgen monopolistischer Strukturen	125
c) Konsequenzen monopolistischer Strukturen	126
d) Zusammenfassung	131
2. Die Sicht der Ordoliberalen	132
a) Anreize zu monopolistischen Strukturen	133
aa) Effizienz	133
bb) Macht	139
cc) Zusammenfassung	151
b) Folgen monopolistischer Strukturen	151
c) Konsequenzen monopolistischer Strukturen	155
d) Zusammenfassung	163
3. Vergleichende Stellungnahme	164
a) Gemeinsamkeiten	164
b) Unterschiede	165
c) Fazit	169
III. Private Willensbildung II: Ökonomische Analyse des Rechts	171
1. Die Sicht der Neuen Institutionenökonomik	172
a) Ursachen und Funktionen einer Rechtsordnung	172
b) Folgen für die ökonomische Analyse des Rechts	175
c) Anwendungsbereiche	176
aa) Ökonomische Analyse von Property-rights	177
bb) Ökonomische Analyse des Schadensrechts	179
cc) Ökonomische Analyse des Vertragsrechts	183
dd) Ökonomische Analyse des Patentschutzes	191
ee) Neuere Entwicklungen	193
d) Zusammenfassung	194

2.	Die Sicht der Ordoliberalen	195
a)	Ursachen und Funktionen einer Rechtsordnung	195
b)	Folgen für die ökonomische Analyse des Rechts	199
c)	Anwendungsbereiche	201
aa)	Das Verhältnis zwischen Akteuren beider Marktseiten: Anbieter und Kunde	203
bb)	Das Verhältnis zwischen Akteuren der Anbieterseite I: Fusionen und Kartelle	206
cc)	Das Verhältnis zwischen Akteuren der Anbieterseite II: Monopolisten und Außenseiter	208
d)	Zusammenfassung	209
3.	Vergleichende Stellungnahme	211
a)	Gemeinsamkeiten	211
b)	Unterschiede	211
c)	Fazit	213
IV.	Öffentliche Willensbildung I: Ökonomische Theorie der Politik	214
1.	Die Sicht der Neuen Institutionenökonomik	215
a)	Ursachen sozialer Zielkonflikte	215
b)	Das Verhalten der am Willensbildungsprozeß Beteiligten	220
aa)	Politiker und Wähler	221
bb)	Bürokratie	227
cc)	Wirtschaftliche Interessensgruppen	231
c)	Zusammenfassung	238
2.	Die Sicht der Ordoliberalen	239
a)	Ursachen der Existenz öffentlicher Machtgruppen und ihr Verhalten	239
b)	Das Verhalten der am Willensbildungsprozeß Beteiligten	241
aa)	Politiker	242
bb)	Bürokratie	243
cc)	Korporationen/Berufsstände	245
c)	Folgen	250
d)	Konsequenzen	253
e)	Zusammenfassung	257
3.	Vergleichende Stellungnahme	257
a)	Gemeinsamkeiten	258
b)	Unterschiede	261
c)	Fazit	263
V.	Öffentliche Willensbildung II: Ökonomische Theorie der Verfassung	264
1.	Die Sicht der Neuen Institutionenökonomik	265
a)	Gründe für eine Verfassung	265
b)	Einstimmigkeit auf Regelebene	265
c)	Das Interdependenzkostenkalkül	269
d)	Senkung der Diskriminierungskosten	272

e) Zusammenfassung	275
2. Die Sicht der Ordoliberalen	276
a) Gründe für eine Wirtschaftsverfassung	276
b) Breite Akzeptanz ökonomischer Regeln	277
c) Justiziabilität ökonomischer Regeln	279
d) Senkung der Diskriminierungskosten	280
e) Senkung der Entscheidungsfindungskosten	286
f) Zusammenfassung	288
3. Vergleichende Stellungnahme	288
a) Gemeinsamkeiten	288
b) Unterschiede	290
c) Fazit	292
D. Kritische Würdigung	293
I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	293
II. Die Auffassungen der Schulen im Lichte unterschiedlicher Rahmenbedingungen	295
1. Effizienz und Macht	295
2. Der hohe Integrationsgrad der Ordoliberalen	308
III. Würdigung von Kritikpunkten im Lichte der Ergebnisse	311
E. Abschluß	314
Literaturverzeichnis	316
Stichwortverzeichnis	331

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Klassifikation liberaler Schulen	22
Abbildung 2: Historische Wurzeln des Ordoliberalismus und der Neuen Institutionenökonomik	33
Abbildung 3: Individual- und Kollektivgüter	37
Abbildung 4: P-A-Beziehungen	40
Abbildung 5: Einflußgrößen von Transaktionskosten	46
Abbildung 6: Kostenbestandteile	52
Abbildung 7: Systematik der Rahmenbedingungen	64
Abbildung 8: Transaktionskostengründe für die Zunahme der Staatstätigkeit nach <i>North</i>	82
Abbildung 9: Abgeleitete unterstellte Ursachen extremer Pfadabhängigkeit ..	93
Abbildung 10: Unternehmensgrößenfördernde und -hemmende Effizienzreize aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik	107
Abbildung 11: Kostendegressionsvorteile in der Neuen Institutionenökonomik .	109
Abbildung 12: Kostenunterschiede bei unterschiedlichen Beschaffungsarten ...	112
Abbildung 13: Unternehmensgrößenfördernde und -hemmende Machtanreize aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik	120
Abbildung 14: Wohlfahrtsverluste und -gewinne bei horizontaler Konzentration	127
Abbildung 15: Konzentrationsfördernde und -hemmende Effizienzreize aus Sicht der Ordoliberalen	133
Abbildung 16: Konzentrationsfördernde und -hemmende Machtanreize aus Sicht der Ordoliberalen	140
Abbildung 17: Verteilung der Unsicherheit bei Konkurrenz und Monopol	144
Abbildung 18: Transaktionskosten der öffentlichen Hand	156
Abbildung 19: Indikatoren von Marktmacht	158
Abbildung 20: Zwei-Personen-Gefangenendilemma	174
Abbildung 21: Bedeutung einer Rechtsordnung für die allokativen Effizienz – <i>Coase</i> -Theorem und <i>Hobbesscher</i> Urzustand	175
Abbildung 22: Regime der Gefährdungshaftung	181

Abbildung 23: Regime der Verschuldungshaftung	182
Abbildung 24: Bedeutung einer Rechtsordnung für die allokativen Effizienz im Ordoliberalismus	196
Abbildung 25: Lösung eines Zwei-Personen-Gefangenendilemmas durch Sanktionierung des Regelbruchs	199
Abbildung 26: Untersuchung von Marktbeziehungen in der ordoliberalen ökonomischen Analyse des Rechts	202
Abbildung 27: Haushaltspläne ohne und mit Verhandlungen	216
Abbildung 28: Verhalten der öffentlichen Verwaltung	229
Abbildung 29: Konfliktbereinigung in Gesellschaften durch Verbände	233
Abbildung 30: Einflußgrößen auf den Gewinn von Interessensgruppen	234
Abbildung 31: Zunahme der Staatstätigkeit nach <i>Eucken</i>	251
Abbildung 32: Implementation des ordoliberalen Programms durch Beeinflussung des Denkens	254
Abbildung 33: Rent-seeking-Gefangenendilemma	260
Abbildung 34: Interdependenzkostenkalkül	269
Abbildung 35: Interdependenzkostenkalkül eines minoritären Mitgliedes bei heterogenen und polaren Präferenzen	271
Abbildung 36: Interdependenzkostenkalkül eines majoritären Mitgliedes bei heterogenen und polaren Präferenzen	271
Abbildung 37: Interdependenzkostenkalkül eines Mitgliedes bei heterogenen und polaren Präferenzen auf mehreren Dimensionen	272
Abbildung 38: Regeln zur Senkung der Interdependenzkosten	273
Abbildung 39: Sanktionierung des Konsensbruchs im Falle kleiner und großer Gruppen	288
Abbildung 40: Gleichverteilung und Polarität der Präferenzen	310

Abkürzungs- und Symbolverzeichnis

A_1	Gewinn aus produktiver Effizienz der Produzenten
A_2	Wohlfahrtsverlust der Konsumenten
AN	Anbieter
B_a, B_{ab}	Budgetgeraden
Bd.	Band
bspw.	beispielsweise
DIK	Diskriminierungskosten
d. V.	der Verfasser
EK	Entscheidungsfindungskosten
etc.	et cetera
F & E	Forschung und Entwicklung
GK	Grenzkosten
GN	Gesamtnutzen
Herv. d. d. V.	Hervorhebung durch den Verfasser
Herv. i. O.	Hervorhebung im Original
I_1, I_2, I_3	Indifferenzkurven
IK	Informationskosten
INK	Interdependenzkosten
ISK	Individuelle Schadenskosten
i. w. S.	im weiteren Sinne
$K'(c,m)$	Grenzkosten (bei Konkurrenz, Monopol)
KMD-Konzept	Koordinationsmängel-Diagnosekonzept
KS	Kosten der Schädigung
KV	Kosten der Schadensvermeidung
max, min	maximal, minimal
MZB	marginale Zahlungsbereitschaft
N	Nachfrage, Nachfrager
n	Anzahl aller Individuen
NIE	Neue Institutionenökonomik
NPÖ	Neue Politische Ökonomie
P	erforderliche Ja-Stimmen
$p(c,m)$	Preis (bei Konkurrenz, Monopol)
PA	Prinzipal-Agent
PK, $\Delta PK(s)$	Produktionskosten, Produktionskostenvorteil bei Marktbezug
$q(c,m)$	Ausbringung (bei Konkurrenz, Monopol)
s	Spezifitätsgrad

SK	Soziale (Grenz)Kosten
TK, $\Delta TK(s)$	Transaktionskosten, Transaktionskostenvorteil bei Marktbezug
u. U.	unter Umständen
V	Sorgfaltsniveau
X_k	Menge eines Kollektivgutes
X_p	Menge eines Privatgutes
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

A. Einleitung

I. Erkenntnisziele der Ordnungsökonomik

„Globalisierung“ und politische Öffnung bewirken seit 10 Jahren einen rasanten wirtschaftlichen Wandel. Drastisch sinkende Transaktions- und Transportkosten schaffen starke Marktwachstumspotentiale und eine wachsende Wettbewerbsintensität auf nationalen und internationalen Märkten. Die möglichen Reaktionen der Politik auf die neuen ökonomischen Herausforderungen werden kontrovers und lebhaft diskutiert.¹

Diese Fragen erscheinen neu, sind es im Kern jedoch nicht. Bereits vor einem halben Jahrhundert befaßten sich in Deutschland die Vertreter des Ordoliberalismus mit den gleichen Problemen. *Walter Eucken*, Exponent des nationalökonomischen Zweiges dieser interdisziplinären Schule, stellte seinem Werk folgende Frage voran: „Wie kann der modernen industrialisierten Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden?“ (*Eucken*, 1949, S. 1). Darauf suchte die Forscher- und Lehrgemeinschaft der Ordoliberalen Antworten.² Es ging den Ordoliberalen um die Untersuchung und Initiierung von Mechanismen, die in arbeitsteiligen, dynamischen und hochkomplexen Sozialsystemen die unzähligen individuellen Pläne im Hinblick auf die Ziele Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit koordinieren,³ eine Aufgabe, die angesichts der eingangs genannten Phänomene höchst aktuell ist.⁴

Diese Mechanismen werden als *Ordnungen* bezeichnet. *Eucken* definiert eine Wirtschaftsordnung als „Gesamtheit aller Formen, in denen die Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses in concreto – hier und dort, in Gegenwart und Vergangenheit – erfolgte und erfolgt.“ (*Eucken*, 1959, S. 167).

In moderner Reflexion definiert *Grossekettler* eine Wirtschaftsordnung als diejenigen „institutionellen Regelungen im weitesten Sinne, welche

¹ Vgl. etwa *Dichmann* (1997), S. 683 ff.; *Forrester* (1997); *Vanberg* (1999), *Woll* (1999), S. 79 ff.; *Zoll* (2000).

² Zu Begriff und Abgrenzung des Ordoliberalismus vgl. ausführlich *Grossekettler* (1997) und ergänzend hierzu *Lenel* (1998).

³ *Alsmöller* (1981), S. 69 ff.; *Eucken* (1952), S. 1 ff.

⁴ Zur dogmengeschichtlichen Einordnung vgl. die Abschnitte B.I.1. und B.I.2.

- die Verteilung der Entscheidungskompetenzen (Handlungsrechte),
- die Verteilung von Informationen und die Richtung von Informationsflüssen und die Anreizstruktur für die Wirtschaftssubjekte

bestimmen.“ (*Grossekettler*, 1997, S. 39). Sie beschreibt „... die Gesamtheit aller institutionellen Nebenbedingungen, welche den Entscheidungsraum der Wirtschaftssubjekte beschränken.“ (*Grossekettler*, 1989, S. 7).⁵

Der Ordoliberalismus fragt danach, wie eine Wirtschaftsordnung zu gestalten ist, welche die Wirtschaftssubjekte motiviert, sich *gesamtwirtschaftlich* wohlfahrtssteigernd zu verhalten. Obwohl solche Fragen eigentlich zeitlos sind und gerade vor dem Hintergrund des rasanten ökonomischen Wandels der letzten Jahre an Brisanz gewinnen, wird ein zunehmender Verfall ordnungspolitischen Denkens konstatiert.⁶ Besaß der Ordoliberalismus in Deutschland bis in die 60er Jahre hinein noch einen dominierenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, so hat seine Wirkung auf Wissenschaft und Politik ab Mitte der 60er Jahre kontinuierlich nachgelassen.⁷ Zwar wird in neuerer Zeit ordoliberales Gedankengut wieder im Zusammenhang mit der Transformation der Wirtschaftsordnungen ehemaliger Ostblockstaaten nachgefragt.⁸ Auch bestehen spürbare Einflüsse im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und in den Grundsätzen der Monopolkommission und des Bundeskartellamtes. Jedoch ist weder in der deutschen Wirtschaftspolitik noch in der heutigen Institutionenökonomik eine Wirkmächtigkeit ordoliberaler Ideen festzustellen.⁹

II. Erkenntnisziele der Neuen Institutionenökonomik

Der sehr geringe Einfluß ordoliberalen Gedankengutes auf die heutige Institutionenökonomik verwundert, wenn man sich zum Vergleich die Erkenntnisziele der Neuen Institutionenökonomik (NIE) vergegenwärtigt. Die

⁵ Diese Definition greift zurück auf einen Ansatz von *Neuberger, Duffy* (1976), den *Böhm* jedoch schon im Jahre 1946 vorgedacht hat. Vgl. *Böhm* (1996), S. 319; *Grossekettler* (1997), S. 39.

⁶ *Pies* (2000a), S. 1. In normativer Hinsicht ist eine Maßnahme dann gesamtwirtschaftlich ordnungspolitisch gerechtfertigt, wenn die mit ihr verbundenen Änderungen des Rechtsrahmens (durch das Parlament oder durch Regulierungsakte der Verwaltung) mit einer Erhöhung gesamtwirtschaftlicher Effizienz korrespondieren. Vgl. auch *Grossekettler* (1997), S. 41.

⁷ Zur Entwicklung liberaler Ordnungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. *Fehl, Schreiter* (1997), S. 219 ff.; *Grossekettler* (1997), S. 93 ff.; *Lenel* (1997), S. 85 ff.; *Schlecht* (1997), S. 99 ff.

⁸ Vgl. z. B. *Erlei, Leschke, Sauerland* (1999), S. 38; *Schüller, Krüsselberg* (1992).

⁹ *Grossekettler* (1996); *ders.* (1997); *Monopolkommission* (2000).

Modelle der NIE sind äußerst zahlreich, sie lassen sich jedoch auf drei Grundintentionen zurückführen:

- Im *positiven Sinne* analysiert die NIE,
 - welche Entscheidungen eigennutzorientierte beschränkt rationale Individuen innerhalb gegebener Institutionen fällen würden (choice within rules),
 - wie Institutionen entstehen und sich ändern (choice of rules).
- Im *normativen* Sinne verfolgt die NIE das Erkenntnisziel,
 - wünschenswerte Institutionen zur Regelung gesellschaftlicher Interaktionen zu begründen (choice of rules).¹⁰
- Bei der weitläufigen Literatur zu dieser Forschungsrichtung lassen sich bei sehr grober Klassifikation zwei Teilrichtungen identifizieren:
 - eine eher *einzelwirtschaftliche* Richtung, welche primär das Institutionengefüge in einzelnen Unternehmen, Haushalten und Märkten untersucht und neoklassische mikroökonomische Analysen erweitert. In dieser Arbeit werden hierzu die Transaktionskostenökonomie, die Kollektivgütertheorie, die ökonomische Analyse des Rechts und die Prinzipal-Agent-Theorie gezählt.
 - eine eher *gesamtwirtschaftliche* Richtung, welche Entstehen, Wandel und Auswirkungen gesellschaftlicher Institutionen analysiert. Hierunter werden in dieser Arbeit die Ökonomische Theorie der Politik, die Verfassungsökonomik und die Theorie des institutionellen Wandels subsumiert.

III. Ziel der Arbeit: Synthese

Speziell in Deutschland erscheint mit Blick auf mittelfristig zunehmende korporatistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik im Verein mit den eingangs beschriebenen Tendenzen, die unter dem Stichwort „Globalisierung“ subsumiert werden, eine (Re-)Vitalisierung ordnungspolitischen Denkens äußerst wünschenswert.¹¹ Dazu kann die NIE das richtige Rüstzeug liefern: Ihre Sprache erlaubt zum einen die Modellierung auch komplexer ökonomischer Sachverhalte, die von der Neoklassik nicht angegangen werden konnten,¹² ist zum anderen jedoch leicht zu erlernen und daher populär. Auch sind beide Denkansätze hinsichtlich ihrer Erkenntnisziele durch die starke

¹⁰ *Leipold* (1987, 1989); *Witte* (1995), S. 12 ff.; Zur dogmengeschichtlichen Einordnung der NIE vgl. Abschnitt B.II.1.

¹¹ *Grossekettler* (1997), S. 94; *Pies* (2000a), S. 1.

¹² *Schumann* (1992), S. 452 f.